
Berliner Debatte Initial

2

20. Jg. 2009

Wege aus der Krise

Busch

Krisenverlauf und
Krisendeutung

Stroczan

Gespens
Aktienkultur

Willnow

Grüner
New Deal

Scheer

Energiewende
international

Boesenberg

Sport, Geschlecht
und ‚Race‘

Wege aus der Krise

– Zusammengestellt von Ulrich Busch –

SCHWERPUNKT: WEGE AUS DER KRISE		<i>Thomas Schubert</i>	
Die Finanz- und Wirtschaftskrise – Chancen für Reformen und für eine globale Energiewende		„Abbau Ost“ – Bericht von einem Abend in Potsdam	87
Editorial	2	<i>Danny Schindler</i> Repräsentation versus Partizipation? Demokratiethoretische Überlegungen	95
<i>Andreas Pickel</i> Kann der Keynesianismus die neoliberale Weltordnung retten?	5	<i>Eva Boesenberg</i> Wie Sport Geschlecht und „Race“ fest schreibt	106
<i>Mario Candeias</i> Die letzte Konjunktur: Organische Krise und „postneoliberale“ Tendenzen	12	<i>Michael Jäckel, Daniel Kofahl</i> „Man hat etwas anderes vermutet ...“ Zur Phänomenologie des kulinarischen Geschmacks	117
<i>Ulrich Busch</i> Krisenverlauf und Krisendeutung im globalen Finanzmarktkapitalismus	25	REZENSIONEN UND BESPRECHUNGEN	
<i>Klaus Müller</i> Vom Marktversagen zum Staatsversagen – alles Krise oder was?	44	Alfred Kosing: Innenansichten als Zeitzeugnisse. Philosophie und Politik in der DDR. Besprochen von <i>Camilla Warnke</i>	135
<i>Katherine Stroczan</i> Das Gespenst der Aktienkultur oder das Behagen in der Unkultur	55	Günter Butzer, Joachim Jacob (Hg.): Metzler Lexikon literarischer Symbole. Rezensiert von <i>Mariele Nientied</i>	147
<i>Rainer Land</i> Die globale Energiewende und die politische Agenda von Barack Obama	62	Kurt Bayertz, Myriam Gerhard, Walter Jaeschke (Hg.): Weltanschauung, Philosophie und Naturwissenschaft im 19. Jahrhundert. Rezensiert von <i>Thomas Müller</i>	150
Energiewende international Rainer Land sprach mit <i>Hermann Scheer</i>	67	Colin Crouch: Postdemokratie Rezensiert von <i>Christian Kaiser</i>	156
<i>Andreas Willnow</i> „Grüner New Deal“?	75	Roger Karapin: Protest Politics in Germany. Movements on the Left and Right. Besprochen von <i>David Kramer</i>	158
* * *			

Editorial

Die Finanz- und Wirtschaftskrise – Chancen für Reformen und für eine globale Energiewende

Die Weltwirtschaft befindet sich in einer dramatischen Lage. Nach dem Zusammenbruch des US-Immobilien- und Hypothekenmarktes, dem Kollaps von Großbanken und der Krise auf den Finanzmärkten, welche im Herbst 2008 mit der Lehman-Pleite ihren Höhepunkt erreichte, verzeichnet nunmehr, in den Jahren 2009 und 2010, die Produktion von Gütern und Dienstleistungen ihren tiefsten Einbruch seit der Weltwirtschaftskrise 1929/33. Weltproduktion und Welthandel schrumpfen in einem bisher unvorstellbaren Ausmaß. Wie diese Krise letztlich historisch zu bewerten sein wird, steht heute noch aus. Auf jeden Fall aber wird sie als eine „große Krise“ in die Geschichte eingehen.

Deutschland ist von der Finanz- und Wirtschaftskrise in besonderem Maße betroffen, durch den Exportrückgang ebenso wie durch den Rückgang der Produktion und nachfolgender Unternehmensgewinne, der Investitionen, der Beschäftigung, der Produktivität, der Einkommen und des Konsums. Der Arbeitsmarkt zeigt bisher noch kaum Verwerfungen durch die Krise. Die Experten rechnen jedoch für 2010 mit einem deutlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit. Trotz massiver staatlicher Interventionen droht eine Deflationsspirale, deren wirtschaftliche und politische Folgen unabsehbar sind.

Die Politik reagiert hierauf bisher vor allem mit Maßnahmen eines konservierenden Aktionismus. Sie will „eine Brücke“ bauen, die über die Untiefen der Krise hinwegführt, und danach weitermachen wie vor der Krise. Je tiefer die Krise jedoch das Leben der Menschen verändert, umso deutlicher wird, dass es danach kein

Zurück zum Davor geben wird. Die Welt wird dann eine andere sein, in Deutschland wie im globalen Maßstab. Dies impliziert, die Krise nicht nur als Katastrophe, sondern zugleich auch als Chance zu begreifen, als Chance für wirtschafts- und gesellschaftspolitische Reformen sowie für die Lösung der anderen großen Krisen dieser Welt, der Umweltkrise vor allem, aber auch der Ernährungs-, der Wasser-, der Energie-, der Rohstoffkrise usw.

Derzeit sind die Medien noch mit der Phänomenologie der Krise befasst. Ebenso wie die praktische Politik mit der Bewältigung der unmittelbaren Auswirkungen der Krise beschäftigt ist. Die geistige Aufarbeitung dessen, was da passiert ist und was die Krise eigentlich bedeutet, ihre theoretische und wirtschaftshistorische Interpretation, beginnt erst allmählich und wird einen großen Zeitraum in Anspruch nehmen. Die wirtschaftstheoretische Analyse der Ursachen der Finanz- und Wirtschaftskrise, ihres Verlaufs und ihrer Wirkungen, ihrer tiefen, systemimmanenten Wurzeln, ihrer Transmissionsmechanismen, ihrer Psychologie, die Rolle der Theorie beim Zustandekommen der Krise und für deren Wahrnehmung bzw. Fehlwahrnehmung, die Rolle der Politik beim Krisenmanagement – das alles gilt es zu ergründen.

Die Zeitschrift Berliner Debatte Initial hat bereits 2008 mit dem Schwerpunktheft „Endlose Depression“ (Heft 4/2008) einen viel beachteten Beitrag zur wissenschaftlichen Interpretation der Krise geleistet. Mit diesem Heft soll die Diskussion über die Hintergründe, die Deutungsversuche und die interdisziplinäre Erklärung der Krise im Lichte der aktuellen

Ereignisse fortgesetzt werden. Dabei wird versucht, die wissenschaftliche Interpretation der Krise mit der Frage nach den Chancen für die „Energiewende“ – als dem wesentlichen Ausweg aus *dieser* Krise wie aus der krisenhaften Situation der Menschheit überhaupt – organisch zu verknüpfen. Das Heft ordnet sich damit ein in den Kanon zahlreicher Veröffentlichungen, welche gegenwärtig versuchen, über das bloße Entsetzten und Staunen über das Ausmaß und die Folgen der Krise hinauszugehen, indem sie Fragen und Konzepte aufgreifen, welche als Lösungsansätze für die Überwindung der Krise dienen.

Im ersten Aufsatz beschäftigt sich *Andreas Pickel* mit dem gegenwärtig weltweit zu beobachtenden Rückgriff der Politik auf keynesianische Konzepte. Ohne massive öffentliche Ausgabensteigerungen scheint die Krise nicht beherrschbar zu sein. Die Rekapitalisierung von Banken und Konzernen hat jedoch mit Keynesianismus wenig zu tun. Dies wirft weitere Fragen auf: Bilden massive Staatsausgaben wirklich den Kern des Keynesianismus? Und unter welchen Bedingungen war keynesianische Politik erfolgreich und unter welchen nicht? Die Krise des Weltfinanzsystems und der Weltwirtschaft ist eine systemische Krise, die zu ihrer Überwindung grundlegender Veränderungen bedarf. Eine Rückkehr zum Keynesianismus erscheint als die bestmögliche Lösung. Die Bedingungen dafür sind heute jedoch andere als vor 50 Jahren. Folglich werden auch die Ergebnisse andere sein.

Mario Candeias behandelt die aktuelle Krise als eine organische Krise des Neoliberalismus, in deren Verlauf sich „postneoliberale Tendenzen“ andeuten. Ökonomische, ökologische, politische und soziale Krisenerscheinungen verdichten sich gegenwärtig zu einer strukturellen, einer organischen Krise. Staatsinterventionismus, Reregulierung, Initiativen für einen *Green New Deal* und andere Projekte markieren ein neues Feld „postneoliberaler“ Strategien. Der Neoliberalismus wird nach wie vor als dominant angesehen, jedoch nicht mehr als hegemonial. Die Welt beginnt sich zu verändern.

Im folgenden Aufsatz wird die Finanz- und Wirtschaftskrise in ihrem Kern als eine Über-

akkumulations- und Überproduktionskrise behandelt, die jedoch Besonderheiten aufweist. Diese erschließen sich, schreibt *Ulrich Busch*, am besten, wenn man die gegenwärtige Wirtschaftsordnung als Finanzmarktkapitalismus begreift und die Krise als Ausdruck der Grenzen einer bestimmten Regulationsweise interpretiert. Die Krise bietet Chancen für Reformen und befördert damit den gesellschaftlichen Evolutionsprozess. Realisiert werde diese Entwicklung jedoch auch künftig noch im ordnungspolitischen Rahmen des globalen Finanzkapitalismus, womit der Autor postkapitalistischen Utopien eine Absage erteilt. Hieran an schließt sich eine ebenfalls volkswirtschaftlich argumentierende Arbeit von *Klaus Müller*. Ausgehend vom inflationären Gebrauch des Krisenbegriffs (Konjunktur-, Banken-, Finanz-, Börsen-, Immobilien-, Kredit-, Armuts-, Umwelt-, Wachstums-, Vertrauens-, Sinnkrise usw.) fragt er, ob sich das kapitalistische Gesellschaftssystem gegenwärtig als Ganzes in einem akuten Krisen- und Auflösungszustand befinde oder was diese Häufung von „Krisen“ eigentlich rechtfertige? Hat der Markt versagt? Oder der Staat? Gibt es eine Wachstumskrise? Vollziehen Staat und (neoliberale) Theorie momentan einen Sinneswandel? Das sind die Fragen, die einige Autoren angesichts der Synchronität mehrerer Krisen nicht nur für berechtigt halten, sondern auch bejahen. Der Autor ist anderer Auffassung und versucht, dies ökonomisch zu begründen.

Die Krise besitzt mehrere Facetten und Ursachen, keineswegs nur ökonomische. Dies zeigt sich insbesondere in ihrer Erscheinungsform als Finanzmarktkrise sowie im irrationalen Verhalten der Akteure an den Finanzmärkten, an der Börse. Aber letztlich war es nicht die Irrationalität der Akteure, welche in die Krise geführt hat, sondern die Irrationalität der Logik der Finanzmärkte und des Finanzmarktkapitalismus, welcher sich die Akteure, die Broker und Banker wie die Anleger, nicht entziehen konnten. Eine Analyse des Funktionierens der Börse lässt dies augenscheinlich werden. *Katherine Stroczan* setzt sich mit der Funktionsweise der Finanzmärkte und dem Handeln der dort agierenden Akteure aus psychoanalytischer Sicht auseinander. Sie zeigt, dass wie in vorge-

schichtlicher Zeit die Vorhersage von Naturereignissen aus Mangel am Instrumentarium scheitern musste, heute die Prognosen an den Finanzmärkten scheitern. Es ist kein Zufall, dass die Bewegungen der Märkte wie Naturphänomene erlebt werden, wobei einem „Krach“ der Stellenwert einer Naturkatastrophe zukommt. Da Finanzmärkte wie die unbeherrschte Natur funktionieren, ist es einleuchtend, dass die Prognose der Fetisch der Börsen ist. Dabei kommt es zur Verwechslung von Spekulation mit Kultur. Letztlich erweise sich die „neue Aktienkultur“ als Unkultur.

Bereits in den analytischen Texten zeigen sich Ansätze für eine Lösung der Probleme, wird die Krise als Chance für Reformen und Entwicklungsfortschritt begriffen. Die „globale Energiewende“ ist ein notwendiger Beitrag, um das Überleben der Menschheit sicher zu stellen. Zugleich ist sie der Schlüssel zu einem neuen Industrialisierungs- und Entwicklungspfad. *Rainer Land* zeigt, dass wir heute an einer ähnlichen Wegscheide stehen wie vor 80 Jahren. Wie damals kann auch heute die Finanz- und Wirtschaftskrise zum Katalysator eines politischen Prozesses werden, der zu einem neuen Typ wirtschaftlicher Entwicklung führt. Damit würde ein „neues Paradigma sozioökonomischer Entwicklung“ eingeleitet werden.

Im Interview skizziert *Hermann Scheer* den Weg zu einem vollständigen Ersatz der fossilen Energieträger durch Erneuerbare Energien international und national, zeigt, daß dieser Weg

gangbar und wirtschaftlich vernünftig ist. Die Energiewende ist Kern einer industriellen und wissenschaftlich-technischen Revolution, die die Welt auch sozialökonomisch und politisch grundlegend verändern wird. Scheer erzählt von den Auseinandersetzungen, Fortschritten und Widerständen bei der Gestaltung dieses Prozesses und erklärt, auf welche Weise neue internationale Organisationen, wie die jetzt gegründete *Internationale Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA)* wirken werden.

Andreas Willnow gibt einen informativen Überblick über den Stand der aktuellen Diskussion zur Energiewende. Er zeigt anschaulich, wie sich vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise die Debatte um einen „Grünen New Deal“ als Lösungsvorschlag verstärkt hat, welche Kräfte eine solche Lösung unterstützen und welche sie zu blockieren versuchen.

Außerhalb des Schwerpunktes enthält das vorliegende Heft weitere Beiträge sowie zahlreiche Besprechungen und Rezensionen. *Thomas Schubert* berichtet von einer bemerkenswerten Diskussionsveranstaltung über den „Aufbau Ost“ und dessen Reflexion als „Abbau Ost“. *Danny Schindler* diskutiert demokratietheoretische Überlegungen zum Wechselverhältnis politischer Prinzipien. *Michael Jäckel* und *Daniel Kofahl* entwickeln eine „Phänomenologie des kulinarischen Geschmacks“ und *Eva Boesenberg* stellt am Beispiel des nordamerikanischen Basketballs dar, wie Sport Geschlecht und ‚Race‘ festschreibt.

Ulrich Busch

Corrigendum

Im Heft 1/2009 „Konsumzeit - Zeitkonsum“ wurde versehentlich eine vorläufige Version des Artikels von Hartmut Rosa und Stephan Lorenz „Schneller kaufen!“ (S. 10–18) abgedruckt. Die Redaktion bedauert diesen Fehler und bittet die Autoren um Entschuldigung. Die korrekte Fassung steht auf der Homepage der Berliner Debatte Initial (www.berlinerdebatte.de) zum Download zur Verfügung.

Die Redaktion

Rainer Land

Die globale Energiewende und die politische Agenda von Barack Obama

Ein neues Paradigma sozioökonomischer Entwicklung

Der *New Deal* der 1930er Jahre und der Nachkriegskapitalismus

Der *New Deal*, der in den 1930er Jahren aus der Weltwirtschaftskrise (1929–1938) führte, basierte auf der Kombination eines neuen technisch-ökonomischen mit einem neuen sozial-ökonomischen Modell. Das technisch-ökonomische Modell war die fordistische Massenproduktion, die *economy of scale* und das dazu gehörige Muster industrieller Forschung, Entwicklung, Produktion und Nutzung der Natur. Das sozialökonomische Modell war die Teilhabe der Arbeiter an der wirtschaftlichen Entwicklung in Form steigender Einkommen, wachsenden Konsums und besserer sozialer Absicherung: die produktivitätsorientierte Lohnpolitik und der Wohlfahrtsstaat. Natürlich war dieses Resultat nicht Ergebnis absichtsvoll geplanter politischer Entscheidungen – weder des Präsidenten Roosevelt noch der US-amerikanischen Wirtschaftsbosse noch der Wähler oder der Bevölkerung. Es war das Ergebnis sozio-ökonomischer und politischer Entwicklung (im Sinne Schumpeters), also eines *Evolution*sprozesses unter den Bedingungen einer tiefen Weltwirtschaftskrise, einer – wenn man so will – systemischen Krise des Kapitalismus, der zweiten systemischen Krise nach dem Ersten Weltkrieg, den Revolutionen und der deutsch-österreichischen Inflation.

Bekanntlich hatte dieser Prozess des institutionellen Wandels, der Suche nach einem Weg aus der Krise in den 1930er Jahren zunächst zu differenten Entwicklungspfaden geführt – wenn man etwa Deutschland (eine nationalistische Sozialpolitik, kombiniert mit

Protektionismus, Abschottung, Eroberung und Ausbeutung anderer Völker), die anderen europäischen Mächte (vor allem Großbritannien, das mittels protektionistischer Strategien aus der Krise kommen wollte und erst nach dem Zweiten Weltkrieg eine sozial orientierte Wirtschaftspolitik übernahm), die stalinistische Industrialisierungspolitik in der Sowjetunion und die USA vergleicht. Unstrittig ist, dass sich im Ergebnis der amerikanische Weg aus der Krise durchgesetzt hat, aber erst im Verlauf des Zweiten Weltkriegs und danach, während sich der britische und der deutsche Weg bald, der sowjetische erst in den 1970er Jahren als nicht lebensfähig herausstellten.

Der *Take off* dieses amerikanischen Entwicklungspfads war die Kombination des *New Deal* des Präsidenten Roosevelt mit der fordistischen Massenproduktion. Ersterer beinhaltete staatliche Konjunkturprogramme gegen die Not der Arbeiter, die Arbeitslosigkeit und zur Belebung der Wirtschaft.

Der *New Deal* bewirkte eine Neuverfassung des Sozialen im Kontext des US-amerikanischen Kapitalismus. Es ist nicht unangemessen, einige Maßnahmen hier aufzuzählen: staatliche Überwachung der Börsen, Preiskontrolle für Agrarprodukte (heute wäre an Energieprodukte zu denken), Arbeitszeitverkürzung, freiwilliger Arbeitsdienst, kommunale Investitionen, Rechtsgrundlage für Gewerkschaften und Streikrecht, Einführung einer staatlichen Rente, einer Arbeitslosenversicherung und von Mindestlöhnen, Einführung der progressiven Einkommenssteuer (einer Reichensteuer!), Verbot des privaten Besitzes von Gold und Silber. Später kamen Freihandel und das Prin-

zip der Meistbegünstigung im internationalen Handel hinzu.¹

Der *New Deal* war eine Neuverfassung des Sozialen im US-amerikanischen Kapitalismus; er unterschied sich definitiv von anderen Arten der Krisenbewältigung. Der deutsche Faschismus versuchte eine Neuverfassung des Sozialen auf eine im Kern ganz andere Art.² Allerdings waren die Wirkungen des *New Deal* zunächst sehr begrenzt; erst seine Kombination mit dem bis dahin größten kreditfinanzierten Investitionsschub aller Zeiten – ausgelöst durch den Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg und den Beginn der Kriegsvorbereitungen – brachten den Auftakt zur längsten und umfassendsten Phase wirtschaftlicher Entwicklung im Kapitalismus, von 1941 bis 1975. Denn infolge dieses Investitionsschubs boomte nicht nur die Rüstungsindustrie. Die Löhne stiegen in bis dahin ungeahnte Höhen, und dem Boom der Rüstungs- und Investitionsgüterindustrie folgte ein Boom der Konsumgüterindustrie. Der Krieg führte in den USA nicht zu einer Politik des „Gürtel-enger-Schnallens“, bezogen auf Löhne und Konsum; im Gegenteil. Die USA versorgten auch Großbritannien, lieferten Rüstungs- und Investitionsgüter, Lebensmittel und Konsumgüter an die Sowjetunion und versorgten nach Kriegsende halb Europa wie nebenher mit. Das Wirtschaftswunder war immer zugleich ein Konsumwunder, das dann auch ohne Krieg und bei erheblicher geringeren Rüstungsausgaben weiter funktionierte, also im Ergebnis keine Kriegswirtschaft war.

Wichtig ist diese Kombination: Neuverfassung des Sozialen und Einstieg in einen neuen Industrialisierungs- und Investitionszyklus, die fordistische Massenproduktion, wodurch die entscheidenden Kombinationen möglich wurden: Massenproduktion und Massenkonsum, Kapitalverwertung und Teilhabe der Lohnarbeit am wachsenden Reichtum. Der Weg aus der Krise war ein neuer Pfad wirtschaftlicher Entwicklung, der auf der Grundlage des Kapitalismus ein neues Prinzip der industriellen Entwicklung mit einem neuen Prinzip der sozialen Entwicklung kombinierte.

Der Weg aus der Krise war nicht die nationale und soziale Diktatur, wie in Deutschland, auch nicht die direktive Planwirtschaft, aber

auch nicht eine Politik der Einschränkungen auf Kosten der Arbeiter, wie sie in den konservativen westeuropäischen Ländern versucht wurde, sondern die Neuorientierung des Kapitalismus durch die politisch induzierte Neuverfassung seines sozialen Kontextes und die Konstruktion eines darauf basierenden neuen Pfads industrieller Entwicklung, der bekanntlich während des Zweiten Weltkriegs und danach auf ganz Westeuropa und Japan ausgeweitet wurde und sich schließlich auch in weiten Teilen Asiens etablierte. Erst als dieser Pfad selbst erschöpft war und in die Krise geriet (in den 1970er und 1980er Jahren), führte der Zusammenbruch der staatssozialistischen Wirtschaftssysteme auch diese Länder auf den Pfad eines fordistischen Wohlfahrtskapitalismus – freilich zu einem Zeitpunkt, als dieses Modell schon nicht mehr besonders gut funktionierte.

Man mag diese Art wirtschaftlicher Entwicklung, dieses an die Konsumtion der Massen – also vor allem die der Arbeiter – gekoppelte Modell der Kapitalverwertung aus heutiger Sicht kritisieren. Erstens schloss sie die extraordinäre Luxuskonsumtion der ganz Reichen nicht aus, blieb also „ungerecht“, auch wenn sie die Arbeiter am wirtschaftlichen Ergebnis beteiligte. Zweitens löste sie zwar das Problem des Hungers und des Elends für die Bevölkerungsmehrheit in den entwickelten kapitalistischen Ländern, aber kleine Teile der inländischen Bevölkerung und große Teile der Menschen in der sogenannten Dritten Welt blieben von der Teilhabe an der Konsumgesellschaft ausgeschlossen.

Drittens aber musste dieser Typ wirtschaftlicher Entwicklung seine eigene Grundlage zerstören, denn er beruhte zwar auf permanenter Steigerung der Arbeitsproduktivität, aber eben nicht auf einer ebenso schnellen Steigerung der Ressourcen- und Energieeffizienz. Die wirtschaftliche Entwicklung ging also mit einer ständig steigenden Belastung der Naturressourcen, des Energie- und Rohstoffverbrauchs, der Abprodukte und der Emissionen einher. Irgendwann mussten die Tragfähigkeitsgrenzen erreicht werden – und sie wurden in mehrerer Hinsicht in den 1970er Jahren erreicht. Man erinnere sich an die 1970er und 1980er Jahre: die Ölkrisen, das Ozonloch,

die Versauerungsgase, das Waldsterben, die Vergiftung der Flüsse und Seen – einige dieser frühen Probleme sind heute mehr oder weniger gelöst oder gemildert; man kann hoffen. Aber es bleiben solche, die ungelöst sind und unlösbar scheinen: die CO₂-Emissionen, die Erderwärmung, die Klimaprobleme, die Belastung der Weltmeere mit CO₂, die Überlastung der Umwelt mit naturfremden Chemikalien, die Probleme der langfristigen sicheren Lagerung der Nuklearabfälle, der dramatische Verlust der Biodiversität und die Destabilisierung wichtiger Ökosysteme der Erde, z.B. der Regenwälder und der Gletscher.

Meine These lautet: Seit den 1970er Jahren fressen die negativen Skaleneffekte sinkender Ressourceneffizienz die positiven Skaleneffekte der Massenproduktion, der steigenden Arbeitsproduktivität auf; weltwirtschaftlich haben wir per Saldo wahrscheinlich eine Stagnation der Gesamteffizienz (der Synthese von Arbeitsproduktivität, Ressourceneffizienz und Grundfondseffizienz resp. Kapitalproduktivität) zu konstatieren. Seit den 1970er Jahren kann die Verwertung des Gesamtkapitals also nicht mehr durch steigende Gesamteffizienz der industriellen Produktion erreicht werden, sondern nur noch auf drei anderen Wegen: Erstens durch *Umverteilung* zulasten der Bevölkerung, also durch partielle Rücknahme des Teilhabepinzips, der produktivitätsorientierten Lohnpolitik und des Sozialstaats – also der Voraussetzungen, auf denen der Erfolg des Nachkriegskapitalismus beruhte. Zweitens durch *Standortwettbewerb*, *Umverteilung* zulasten der Konkurrenten, verwirklicht insbesondere im Modell des Wettbewerbsstaates, mit dem ein Welthandelssystem komparativer Vorteile im Handel mit fordistischen Massenproduktionsgütern und den dafür benötigten Investitionsgütern und Rohstoffen zerstört wurde. Eingeschlossen war die systematische Zerstörung des dazu gehörigen Weltfinanzsystems, beginnend mit dem Ende des Bretton Wood-Modells. Drittens schließlich durch eine Verselbstständigung der Verwertung des Finanzkapitals, der Entstehung eines *Finanzmarktkapitalismus*, dessen Wirkung in einer *Umverteilung* des realen Bruttoinlandsprodukts zulasten der Allgemeinheit und zugunsten

erfolgreicher Finanzmarktakteure besteht, vor allem aber in der zeitlich befristeten *Fiktion eines monetären Wachstums*, hinter dem allerdings kein realwirtschaftliches steht.

Der Weg der fortgesetzten Deregulierung des Finanzsystems und der Aufblähung des Geldkapitals musste zu Finanzkrisen wie der gegenwärtigen führen. Klar ist, dass alle drei Wege das Problem der Grenzen des fordistischen Typs wirtschaftlicher Entwicklung nicht lösen können, sondern nur hinausschieben. Die einzige logisch mögliche Lösung wäre der Übergang zu einem ressourceneffizienten und umweltkompatiblen Typ wirtschaftlicher Entwicklung.

Der Verzicht auf wirtschaftliche Entwicklung wäre aber kein Ausweg, denn er würde den Status quo festschreiben. Die bis heute gegebenen und ohne einen anderen Typ von Industrie unlösbaren Umweltprobleme würden weiter bestehen und den Tod der heutigen Menschheit zur Folge haben. Verzicht auf wirtschaftliche Entwicklung würde bedeuten, auf die künftigen Technologien zu verzichten, mit denen Umweltzerstörung vermieden und die schon bestehenden Umweltprobleme wenigstens teilweise repariert werden könnten.

Auch der immer wieder geforderte Verzicht auf Wachstum wäre keine Lösung. Der einmal gegebene Pfad des Bevölkerungswachstums wird frühestens 2050 zu einer Stabilisierung der Weltbevölkerung bei neun bis zehn Mrd. Menschen führen (derzeit knapp sieben Mrd.). Verzicht auf wachsende Produktion von Lebensmitteln, Konsumgütern und Dienstleistungen hätte zur Folge, dass Jahr für Jahr pro Kopf immer weniger verbraucht werden müsste, die Menschen der entwickelten Länder also erheblich mehr abgeben müssten, als die Menschen in der Dritten Welt hinzugewannen. Am Ende litten alle Not. Die einzige Alternative ist eine neue Kombination von Entwicklung und Wachstum, eine wirtschaftliche Entwicklung, bei der eine wachsende Produktion mit sinkendem Ressourcenverbrauch (Energie, Rohstoffe und Emissionen) einhergeht und eine umweltkompatible Industrie entsteht.

Verzicht auf Entwicklung und Verzicht auf Wachstum wären tödlich, ebenso wie ein Wachstum ohne Entwicklung oder eine Ent-

wicklung ohne Wachstum. Die Alternative ist ein anderer Pfad wirtschaftlicher Entwicklung, Wachstum, basiert auf einem anderen Prinzip wirtschaftlicher Entwicklung, und die Erfindung wie der Aufbau eines entsprechenden neuen Typs von Industrie, natürlich weltwirtschaftlich. Wenn ein solcher Pfadwechsel gelänge, hätte dies weltwirtschaftlich einen noch größeren Investitionsboom und Entwicklungsschub zur Folge als den, der nach dem Zweiten Weltkrieg zur Entstehung des fordistischen Teilhabekapitalismus geführt hat.

Die politische Agenda von Barack Obama kann Ausgangspunkt eines neuen Entwicklungspfades werden

Die globale Energiewende ist der Schlüssel zu einem neuen Entwicklungs- und Industrialisierungspfad. Dabei handelt es sich nicht um einen einfachen Strukturwandel, sondern um eine industrielle Revolution, die zugleich auch eine wissenschaftlich-technische und eine sozialökonomische Revolution, ein Paradigmenwechsel wirtschaftlicher Entwicklung sein wird. Wir stehen global an einer ähnlichen Wegscheide wie vor 80 Jahren. Die alte Welt der fordistischen Wohlfahrtsökonomie ist am Ende, seit etwa 30 Jahren im Niedergang, und nun zeigt die Weltwirtschaftskrise auch, dass die Auswege – der Weg des Finanzmarktkapitalismus und des Wettbewerbsstaats – Sackgassen waren, die alles nur noch schlimmer gemacht haben. Nötig ist eine neue Kombination: ein anderer Industrialisierungspfad (eine energieeffiziente und ressourceneffiziente Weltwirtschaft) und ein dazu passendes neues Prinzip sozialer Teilhabe, die global zu verfassen wäre (also Indien, China, Afrika und Lateinamerika nicht ausschließen kann). Nötig wäre ebenso eine neue Form globaler Kooperation, die das neoliberale Modell der Exklusion der Überflüssigen und das Prinzip des Wettbewerbsstaates ablöst.

Wie damals kann die Krise der Katalysator eines politischen Prozesses werden, der zu einem neuen, auf Zeit (nicht für immer) wieder funktionsfähigen Entwicklungsweg führt. Diesmal geht es nicht nur darum, einen Typ wirtschaftlicher Entwicklung durch politische

Evolution, durch politische Auseinandersetzung hervorzubringen, der Kapitalverwertung und soziale Entwicklung bis auf Weiteres wieder miteinander vermittelt (also auf Zeit in Übereinstimmung bringt); diesmal geht es zusätzlich um ein neues Prinzip der Vermittlung von Industrie und Umwelt. Eingeschlossen ist aber die Wiederherstellung des Sozialen, die Aufhebung der neoliberalen Deregulation zugunsten der Arbeit – aber nicht durch einfache Wiedereinsetzung der fordistischen Lohn- und Konsumregulation, sondern durch ein Sozialprinzip, das zu einem neuen Naturverhältnis und einer neuen Industrie passt, also Erwerbsarbeit und Massenkonsum bei sinkenden Ressourcenbelastungen ermöglicht.

Eingeschlossen ist auch die Wiederherstellung eines auf komparativen Vorteilen basierten Weltmarkts und eines dazu passfähigen globalen Finanzsystems, also die Beendigung des Systems des Wettbewerbsstaates und der Gewinne zugunsten der anderen Weltmarktakteure. „Komparative Vorteile“ bedeutet, dass Strategien industrieller Entwicklung dominieren, bei denen potenziell alle profitieren, jedenfalls die Summe aller Gewinne größer ist als die aller Verluste (sogenannte *Win-Win*-Szenarien, von denen in den vergangenen Jahren viel geredet wurde, die aber durch das gegebene Welthandels- und Finanzsystem nicht begünstigt werden). Das bedeutet heute vor allem, nach Strategien einer globalen Energiewende zu suchen, bei denen die Lösung der Energiefrage für die nachholende Entwicklung (also der Ausbau der Energiesysteme in China, Indien, Lateinamerika und Afrika) und der Umbau der Energiesysteme in den entwickelten Industrieländern als eine gemeinsame Aufgabe mit komparativen Vorteilen für alle in Angriff genommen wird; also gerade nicht durch Abwälzung der Lasten auf andere gelöst werden soll.

Bis vor wenigen Monaten waren die USA – jedenfalls ihre Regierung und große Teile ihrer Unternehmen und Finanzmarktakteure – der Garant dafür, dass ein politischer Paradigmenwechsel, der längerfristig auf den evolutionären Pfad eines anderen Industrialisierungsmusters und einer anderen sozioökonomischen Konfiguration führt, nicht stattfindet.

Doch innerhalb weniger Monate hat sich das Blatt gewendet – vielleicht. Man weiß nicht, ob es gelingen wird, und auch nicht, wie dieser Pfad am Ende genau aussehen wird (so wenig, wie Roosevelt den Wohlfahrtskapitalismus der 1960er Jahre schon 1933 vor Augen hatte).

Aber nun ist ein „Wunder“ geschehen. Zu der Agenda des neuen Präsidenten Barack Obama gehören die drei Kernelemente, die nötig wären, um auf einen neuen Pfad sozio-ökonomischer Entwicklung einzuschwenken. Sie deuteten sich bereits im Wahlkampf an, sind noch deutlicher geworden in der Agenda des Weißen Hauses und in der Politik zur Bekämpfung der Weltwirtschaftskrise seit Februar 2009. Die Notwendigkeiten, unter großem Zeitdruck die Rezession in den USA zu begrenzen und die sozialen Folgen abzufedern, haben – ganz anders als in Deutschland – nicht zu einer Aufweichung bei der Suche nach einer neuen Strategie geführt, sondern die neue Orientierung auf einen neuen Entwicklungspfad eher verstärkt.

Es sind diese drei Komponenten: Erstens die *Wiederherstellung und Erweiterung des sozialen Prinzips*. Zweitens die Etablierung eines neuen Prinzips wirtschaftlicher Entwicklung, für das die *Energiewende den Schlüssel* darstellt. Drittens der Übergang zu einem neuen Prinzip der *Außenpolitik und der Weltwirtschaftspolitik*, bei dem es nicht darum geht, die eigenen Interessen zu vergessen oder zurückzustellen (wer so messen würde, müsste feststellen, dass Obamas Politik nach wie vor Interessenpolitik ist, aber das ist sie wie jede andere Politik auch!), sondern darum, die eigenen Interessen durch Kooperation und Verständigung zu verfolgen, also Positivsummenspiele in der Weltwirtschaft und der Weltpolitik zu suchen. Daher kann es auch nicht um Protektionismus gehen, aber es geht sehr wohl um eine neue Weltwirtschaftspolitik, bei der Gewinne nicht durch Monopole zulasten anderer, sondern durch Kooperation und komparative Vorteile erwirtschaftet werden. Dann, aber auch nur dann ist Freihandel gut. Genau diese Unterschiede müssen durch die Regulation des Weltfinanzsystems und der Weltwirtschaft wieder zu Geltung gebracht werden.

Obamas große Leistung ist es heute schon,

die Notwendigkeit einer Überwindung der Wirtschaftskrise nicht gegen das soziale Prinzip zu kehren, die Notwendigkeit einer Erneuerung des Sozialen nicht gegen eine Energiewende ins Feld zu führen, und schließlich, die Erneuerung der Stärke Amerikas nicht gegen die gemeinsame Arbeit an einer besseren Weltordnung zu wenden.

Wir wissen nicht, ob dies gelingen kann, aber wenn wir wollen, können wir Konturen einer Politik erahnen, die der des *New Deal* ebenbürtig werden kann.

Anmerkungen

- 1 Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/New_Deal, 14.3.2009, 14:00. Genannt werden folgende Maßnahmen:
 - staatliche Überwachung der Börsen,
 - Mindestpreise für Agrarprodukte.
 - Die Gewerkschaftsforderung nach einer 40-Stundenwoche fand Unterstützung bei den Unternehmern und wurde eingeführt.
 - Ein freiwilliger Arbeitsdienst (Civilian Conservation Corps – CCC) wurde organisiert, der für die Aufforstung und Bodenverbesserung eingesetzt wurde.
 - Zur Wirtschaftsbelebung wurden 122.000 öffentliche Gebäude, eine Mio. km Straßen und 77.000 Brücken gebaut. Verantwortlich dafür waren verschiedene Behörden (u.a. Civil Works Administration – CWA, Works Progress Administration – WPA).
 - Die Tennessee Valley Authority (TVA) baute 20 Staudämme im Tennesseetal.
 - Die landwirtschaftliche Produktion wurde reduziert, um den Farmern rentable Preise zu schaffen. Die Bundesregierung gewährte den Farmern dafür Geldmittel aus dem Agricultural Adjustment Act (AAA) vom 12. Mai 1933.
 - Den Gewerkschaften wurde eine feste rechtliche Grundlage gegeben, ein formelles Streikrecht wurde eingeführt.
 - Kinderarbeit wurde verboten.
 - Eine staatliche Rente wurde eingeführt.
 - Eine Arbeitslosenversicherung wurde ins Leben gerufen.
 - Für Industriearbeiter wurden Mindestlöhne eingeführt.
 - Ein Steuersystem mit niedrigen Sätzen für Arme und hohen Sätzen für Reiche wurde eingeführt.
 - Der private Gold- und Silberbesitz wurde verboten (von 1933 bis 1974). Ebenfalls bedeutend wurde – jedoch erst zu einem späteren Zeitpunkt – der Reciprocal Trade Agreement Act, bei dem die US-Regierung erste Grundlagen für Freihandel nach dem Prinzip der Meistbegünstigung legte.
- 2 Vgl. Manfred Lauer: Das Soziale im Nationalsozialismus, in: Berliner Debatte INITIAL 9 (1998) 1; Wolfgang Schivelbusch: Entfernte Verwandtschaft – Faschismus, Nationalsozialismus, New Deal 1933–1939. München, Wien 2005.

Energiewende international

Mit Hermann Scheer sprach Rainer Land

Rainer Land: Vor einigen Jahren schilderten Sie Ihre Eindrücke von einer Reise durch die USA. Das Fazit: Energieverschwendung, wohin man sah. Und dazu eine USA-Administration, die ein neues Herangehen an das Thema Klima und Energie systematisch auszubremsen versuchte, das Faktum des industriell verursachten Klimawandels selbst bestritt und national wie international gegen eine neue Energiepolitik wirkte.

Die Obama-Regierung hat einen grundlegend anderen Kurs eingeschlagen. Aber schon seit einigen Jahren wird insbesondere aus Kalifornien von beispielhaften Projekten in Unternehmen und Kommunen berichtet, z.B. über Elektroautos, Solaranlagen auf öffentlichen Gebäuden und energieeffizientes Bauen. Bemerkenswert ist auch das Bürgerengagement für eine Energiewende.¹ Offensichtlich sind dies nicht nur Einzelbeispiele. Kann man schon von einer Bürgerbewegung für eine Energiewende in den USA sprechen?

Hermann Scheer: Mein Eindruck ist, dass die Länder, die überreich sind an nicht erneuerbaren Ressourcen, am weitesten zurückliegen. Das gilt für Brasilien, für Kanada, die USA, für Australien und Russland. Da ist der Druck nicht besonders groß. Wenn man von Öl und Gas absieht, sind die USA von Importen unabhängig, und sie sind auch bei Öl und Gas noch heute weniger importabhängig als die EU oder Japan. Die USA haben eine Importabhängigkeit von etwa 60 Prozent, fast ausschließlich Öl und Gas betreffend. Australien ist Kohleexporteur und Uranexporteur. Kanada hat 30 Millionen Einwohner auf zehn Millionen Quadratkilometern, Brasilien hat

acht Millionen Quadratkilometer und 188 Millionen Einwohner, Russland 17 Millionen Quadratkilometer und gut 140 Millionen Einwohner. Überall dort ist der Druck nicht so unmittelbar zu spüren, und es wird sehr viel am Rohstoffgeschäft verdient. Das sind ganz andere Verhältnisse als bei uns mit gut 80 Millionen Einwohnern und 0,35 Millionen Quadratkilometern.

Aus diesem Grund sind nicht nur die USA rückständig. Die USA sind aber ein besonderes Problem, weil sie pro Kopf ein Vielfaches der Energie verbrauchen; wegen des amerikanischen „Way of Life“ und des langjährigen Wohlstands sind die Konsumstandards ganz andere als in Russland. Aber sie sind nicht anders in Australien oder Kanada.

Interessant ist aber, dass die Basis für erneuerbare Energien in der Bevölkerung der USA viel größer ist, als man hier zumeist annimmt. Das hat sich schon in den 1970er Jahren gezeigt. Damals waren die USA eigentlich das treibende Land bei der Umorientierung auf erneuerbare Energien. Es begann mit den Erfahrungen aus der Ölkrise von 1973. Das hat sie mehr geschockt als die Europäer. Noch unter Nixon gab es 1974 das *Energy Independence Project*. Dann kam Carter, der hat noch mehr auf die Tube gedrückt. 1978 gab es das Energieautonomie-Gesetz, und in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre hatten die Amerikaner das mit Abstand ambitionierteste Forschungs- und Entwicklungsprogramm für erneuerbare Energien. Und es gab eine richtige Bewegung dafür, ausgehend von Kalifornien. Mit dem Wechsel von Jimmy Carter zu Ronald Reagan brach das 1981 abrupt ab. Die Ölindustrie war der wich-

tigste Geldgeber von Reagans Wahlkampagne. Das Forschungs- und Entwicklungsprogramm wurde innerhalb eines Jahres um 80 Prozent rasiert. Viele Institute brachen ein, und die kleinen Firmen, die entstanden waren, wurden aufgekauft – nicht, um sie weiterzuführen, sondern um sie kaltzustellen. Das führte zu einem Hearing im amerikanischen Kongress, aber da war die Messe schon gesungen. In den 1980er Jahren wurde dann überall Entwarnung gegeben, weil die Ölpreise wieder runtergingen – als ob die Ölpreise das einzige Motiv für erneuerbare Energien seien.

Diese erste Welle für erneuerbare Energien, in der die USA der Vorreiter waren, hatte mit dem Klimaproblem noch gar nichts zu tun; es ging um Energieunabhängigkeit und saubere Luft. Die 1980er Jahre waren für die erneuerbaren Energien ein verlorenes Jahrzehnt – mit einer einzigen Ausnahme, das war die Bioalkoholstrategie in Brasilien. Die wurde weitergetrieben, weil man merkte, dass man damit unabhängig vom Öl werden könnte.

Was wir jetzt erleben, ist ein langer zweiter Anlauf, der von Deutschland ausging. Daran war ich ja maßgeblich beteiligt – nicht zuletzt beim systematischen Widerlegen der Desinformationskampagnen der herkömmlichen Energiewirtschaft: den Behauptungen, dass regenerative Energien vom Potenzial her nicht ausreichen, viel zu teuer seien und über eine Nische nie hinauskommen könnten. Das wurde in Deutschland durch viele außerparlamentarische lokale Initiativen letztlich überwunden, der Weg führte vom „Nein“ zur Atomenergie zum „Ja“ zu erneuerbaren Energien. Im Parteiensystem war die allmähliche Veränderung der SPD-Position in dieser Frage entscheidend. Als Rot-Grün 1998 begann, kamen die weitgehenden Forderungen dazu von uns.

R.L.: Lag das daran, dass die Grünen mit „Wachstum“ nichts zu tun haben wollten, regenerative Energien aber eine Strategie für eine andere Art wirtschaftlicher Entwicklung sind, also wirtschaftliches Wachstum nicht ausschließen?

H.S.: Man muss bei dieser Frage natürlich das Spannungsfeld zwischen Naturschutz im engeren Sinne und Ökologie im weiten Sinne sehen, das auch vielen Umweltorganisationen

zu schaffen macht. Das merkt man ja auch daran, dass Naturschutzargumente für den Widerstand zum Beispiel gegen kleine Wasserkraftanlagen oder gegen Windkraftanlagen angeführt werden. Die administrativen Barrieren, die da aufgerichtet sind, könnten als Stoff für einen Kafka-Roman dienen. Über derartige Maßstabslosigkeit kann man nur mit dem Kopf schütteln.

Das Erneuerbar-Energien-Gesetz EEG (ursprüngliche Fassung im April 2000 in Kraft getreten, letzte Fassung vom April 2009) hat in seinem Vollzug alle diese Gegenargumente, alle Desinformationen Zug um Zug widerlegt. Das hat auch geholfen, die internationale Diskussion wieder aufzubrechen.

Es geht nicht nur um die Klimadebatte; die Beschränkung oder Fokussierung darauf wäre ein Fehler, der in der gegenwärtigen Debatte häufig gemacht wird. Natürlich ist das Klimaproblem schon für sich genommen ein ausreichender Grund für eine Energiewende. Aber es ist eben nicht nur das. Die Dritte Welt sagt, das Klimaproblem hätten die entwickelten Länder zu verantworten: „Für uns ist wichtig, dass wir überhaupt genug Energie haben, um uns entwickeln zu können.“ Dieses Bedürfnis kollidiert aber mit der Tatsache, dass die konventionelle Energie perspektivisch gar nicht für alle reicht und heute schon immer weniger für alle reicht. Wir sind schon in der Phase der beginnenden Erschöpfung dieser Vorkommen, was ja bedeutet, dass fossile Energien immer teurer werden. Die internationale Energiewirtschaft wird immer mehr zur Angebotswirtschaft, weil die Nachfrage größer ist als das mögliche Angebot. In jedweder Anbieterwirtschaft steigen die Preise. Die Monopolisierung der internationalen Energiewirtschaft ist schon quellenbedingt. Wenige Länder, wenige Eigentümer verfügen über die Vorkommen, aber verbraucht wird Energie überall.

R.L.: Es geht also nicht nur um das Klimaproblem, sondern um einen neuen Typ wirtschaftlicher Entwicklung ...

H.S.: Ja. Auch wenn es das Klimaproblem nicht gäbe, müssten wir erneuerbare Energien beschleunigt nutzen. Wenn man alles

dem Klimaproblem zuordnet, dann kommt zwangsläufig der Vorschlag, die Atomenergie auszubauen. Oder solche merkwürdigen Vorschläge wie „clean coal“, die nichts weiter sind als ein Rettungsring für das Weiterführen großer Kohlekraftwerke.

R.L.: Das ist die Technologie zur Abscheidung und Speicherung von CO₂ unter der Erde (CCS) ...

H.S.: Unverantwortlich. Denn das darf ja nie wieder raus.

R.L.: Zudem würde sich die Abhängigkeit der Dritten Welt von der Weltenergiewirtschaft sowohl bei der Kernkraft als auch bei der Weiterführung der fossilen Energiewirtschaft weiter fortsetzen.

Dezentrale Lösungen wären sicher besser, sowohl für die Chancen der Entwicklungsländer, die keine Energieexporteure sind, als auch für die vielen kleinen lokalen Akteure, die neue nachhaltige Entwicklungen begonnen haben und die vielleicht nicht bestehen könnten, wenn die großen Energiekonzerne ihre Monopole behalten.

Aber ist eine dominant dezentrale Lösung beim Aufbau regenerativer Energien realistisch? Die internationalen Energiekonzerne leisten ja jetzt schon massiven Widerstand, auch wenn sie gleichzeitig versuchen, selbst in das Geschäft mit den regenerativen Energien einzusteigen. Muss man nicht einen Interessenausgleich, einen Kompromiss mit den großen Energiekonzernen suchen, um Blockaden zu verhindern und den regenerativen Energien zum Durchbruch zu verhelfen?

H.S.: Das glaube ich eben gerade nicht. Das ist der Irrtum der Energiepolitik, die über Jahrzehnte von der Energiewirtschaft gesteuert wurde. Es ist ein großer Irrtum, dass man die heutigen großen Energieversorger für den Ausbau der regenerativen Energie zwingend brauchen würde. Sie sind sogar das größte Hindernis. Wozu braucht man sie? Sie sind die einzigen Verlierer dieser Entwicklung!

R.L.: Vielleicht braucht man sie nicht, aber werden sie ihren Niedergang stillschweigend hinnehmen?

H.S.: Natürlich nicht; aber deshalb braucht man eine Politik, die die Energieversorgung unabhängig von den heutigen Energieversor-

gern zu organisieren versucht und dafür die politischen Instrumente bereitstellt. Wir sind auch in Deutschland noch lange nicht über den Berg, und wir haben noch längst nicht alle Privilegien der herkömmlichen Energiewirtschaft beseitigt, auch nicht die der Atomwirtschaft. Dazu gehört die weitestgehende Freistellung von Haftpflichtversicherungen. Es gibt keine Atombrennstoffsteuer. Die widerliche Praxis der steuerfreien Rückstellung für die atomare Entsorgung, die über Jahrzehnte für freie Investitionen verwendet werden können, führt zu ungerechtfertigten Wettbewerbsvorteilen, wird zur Monopolisierung ausgenutzt. Dann die Planungsprivilegien im Leitungsbau. Jetzt soll ein Planungsprivileg für CCS, für Endlagerstätten und den Bau von Pipelines geschaffen werden. Das ist jetzt in der Gesetzesvorlage.

Zu den Privilegien der herkömmlichen Energiewirtschaft gehören auch die Restriktionen gegen erneuerbare Energien; administrative Hemmnisse, die auf der bundespolitischen Ebene meistens gar nicht aufzuknacken sind, weil es sich um Länderangelegenheiten handelt. Beispielsweise die Raumordnung. In der Raumordnungspolitik gibt es die sogenannten öffentlichen Belange, die Vorrang haben. Erneuerbare Energien erscheinen nirgendwo, in keinem Raumordnungsgesetz, als öffentlicher Belang. Damit ist der willkürlichen Verweigerung von Standortgenehmigungen Tür und Tor geöffnet.

Das für Hessen 2008 konzipierte Energieprogramm² baute darauf auf, dass diese Planungswiderstände aufgehoben werden. Diese sind das zentrale Hemmnis, das einem weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland entgegensteht.

R.L.: Sehen Sie denn in den USA die Chance, dass sich dezentrale Lösungen gegen die herkömmliche Energiewirtschaft durchsetzen?

H.S.: Die haben sogar eine größere Chance als wir, wenn sie sie ergreifen, weil in den USA die Staaten größere eigene Gestaltungsspielräume haben. Nicht nur größere Gestaltungsspielräume als die Bundesländer in Deutschland, sondern auch größere Gestaltungsspielräume als die Nationalstaaten innerhalb der EU. Wenn Kalifornien oder Colorado ein Fördergesetz

für erneuerbare Energien machen – es gibt keine amerikanische Bundesbehörde, die sagt: „Das dürft ihr nicht, das verstößt gegen das Marktgleichheitsprinzip, gegen die Binnenmarktordnung.“ Hier würde sofort der EU-Wettbewerbskommissar zugreifen. Also die USA haben von der Verfassungsordnung her größere Spielräume für dezentrale Lösungen.

R.L.: Und von den Akteurskonstellationen her? Gibt es genügend kleine Unternehmen, Institute, Vereine, Initiativen?

H.S.: Das bildet sich dann relativ schnell, sobald der Rahmen dafür da ist. Bislang aber haben sie in den USA noch nicht die adäquate Gesetzgebung dafür. Nur ein einziger Staat hat ein Einspeisegesetz, das mit unserem vergleichbar wäre: Washington. Und Kalifornien arbeitet daran.

Davon unterscheiden muss man allerdings, was auf dem Bioenergiesektor passiert. Das ist aber sehr problematisch, weil man der bisherigen Tradition der Monokultur weiter den Weg ebnet. Der Bioalkohol-Boom hat schon unter der Bush-Administration die US-amerikanische Landwirtschaft voll erfasst. Das ist sehr ambivalent, weil es ohne die notwendigen vertieften Überlegungen geschieht. Der Bioenergieansatz gehört dem Spektrum der erneuerbaren Energien an, aber er ist mit Abstand der komplizierteste.

R.L.: In Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern wurden in den vergangenen Jahren große Biogasanlagen gebaut, die massenhaft Mais benötigen, der eben doch in Konkurrenz zu Nahrungsmitteln erzeugt wird. Andererseits gibt es Landwirte, die Biomasse aus Abprodukten, aus Gülle, Stroh, Mist, Schalen, Reststoffen und biologischen Abfällen, zu Biogas verarbeiten wollen. Dies setzt aber voraus, dass es kleine, lokal einsetzbare Biogasanlagen sind, die mit unterschiedlichen Arten von Biomasse klarkommen und deren Abprodukt (vor allem die in der Biomasse enthaltenen Mineralstoffe) wieder dem landwirtschaftlichen Kreislauf zugeführt werden können. Genau diese Biogasanlagen aber sind die Ausnahme geworden.

H.S.: Zum Bioenergieansatz gehört zwingend die Reorganisation der Landwirtschaft

insgesamt, und zwar auf der Basis integraler Ansätze: Integration der Nahrungsmittel-erzeugung, der Energieerzeugung und der Rohstoffherzeugung, und zwar auf eine Weise, dass die Reststoffe, die in jedem dieser drei Bereiche anfallen, jeweils wieder in die landwirtschaftlichen Kreisläufe zurückgeführt werden. Dadurch wird ein mehrfacher Nutzen erreicht, der die Sache rentabel machen kann. Das läuft heute falsch, nach einer linearen ökonomischen Logik. Alles, was man anbauen kann, Nahrungsmittel oder Energie, kann man in desaströser Weise tun; man kann es aber auch nachhaltig machen. Wenn man zu integrierten landwirtschaftlichen Konzepten kommt, dann fällt die Ökologisierung der Landwirtschaft – auch der Nahrungsmittelwirtschaft – viel leichter. Aber dann muss man es integriert tun.

Auch die vorliegenden Analysen erfassen das nur unzureichend. Bei Energiebilanzen für den Raps beispielsweise muss man berücksichtigen, dass die Ölkuchen den Import von Soja reduzieren, und auch das trägt zur Verbesserung der Energiebilanz bei. Dann fällt Glycerin an, ein Rohstoff für die chemische Industrie. Auch das Rapsstroh ist ein landwirtschaftlicher Reststoff mit hohem Energiegehalt, den man in der Wärmeproduktion nutzen kann. Und auch die Aschen müssen als Düngemittel berücksichtigt werden. Das alles zwingt zur Dezentralisierung, weil sonst die Transporte zu weit und zu teuer werden.

Dies bedeutet, dass man über die landwirtschaftliche Produktionsstruktur und Vermarktung insgesamt diskutieren muss, nicht über Bioenergie isoliert. Nur dann kann man die neuen ökologischen Möglichkeiten erkennen und ergreifen.

R.L.: Noch eine Frage zu internationalen Aspekten. Die Internationale Agentur für erneuerbare Energien IRENA³ soll im laufenden Jahr noch mit dem Beitritt der USA rechnen können. Kann IRENA dazu beitragen, den Streit zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern um die Verteilung der Emissionsrechte zu entschärfen?

H.S.: Die IRENA ist ja etwas anderes als das Kyoto-Protokoll. Sie ist nicht aus den Weltklimaverhandlungen hervorgegangen. Sie ist ein Ansatz, der von mir entwickelt und

seit dem Januar 1990 immer wieder ins Spiel gebracht worden ist, lange bevor von Klimaverhandlungen die Rede war. Bei den Klimaverhandlungen, dem Kyoto-Protokoll, gibt es zwei grundlegende Probleme, die eng miteinander zusammenhängen. Wenn man eine Konsens-Lösung versucht, auch jetzt bei Kyoto II, wo alle Länder in einen Verpflichtungsrahmen einbezogen werden, dann kann das Ergebnis immer nur eine Minimalverpflichtung sein. Nun kann man pragmatisch und zu Recht sagen, eine Minimalverpflichtung ist besser als gar keine. Wer Konsens haben will, kann aber nicht wirklich beschleunigen. Wer beschleunigen will, darf nicht auf Konsens warten.

Wenn man sich auf Minimalverpflichtungen einigt – gut. Aber das darf nicht bedeuten, dass alle bei Minimalverpflichtungen stehen bleiben. Aber indem beides verknüpft wird – und zwar durch die sogenannten flexiblen Instrumente, den Emissionsrechtehandel, die *Joint Implementation* und den *Clean Development Mechanism* (CDM) – wird die Minimalverpflichtung faktisch zur Obergrenze, weil anders eine Preisbildung für die Emissionsrechte gar nicht möglich wäre. Jedes Unterschreiten der Obergrenze würde durch sinkende Preise für Emissionen dazu führen, dass die Anreize zur weiteren Senkung der Emissionen wieder vermindert würden, der Ausbau der regenerativen Energien also abgebremst würde. Weil die Minimalverpflichtung zur Obergrenze wird, kommt mehr Lähmung als Dynamik in die Entwicklung. Niemand macht dann mehr, als diese erzwingt.

Die Verpflichtungen allgemein höher zu setzen, also das Gesamtvolumen der erlaubten Emissionen schneller zu senken, ist aber schwierig, weil auch unterschiedliche nationale, regionale, wirtschaftliche und soziale Voraussetzungen und Möglichkeiten berücksichtigt werden müssten. Das alles steht unter der falschen Überschrift, die CO₂-Minderung als Last zu empfinden (nicht als Chance). Und dann beginnt der Basar der Lastenverteilung – mit den bekannten Ergebnissen. Der Ansatz, der zu einer Lösung führt, muss im Verständnis einer technologischen Revolution erarbeitet und diskutiert werden. Wenn wir uns die verschiedenen technologischen Revolutionen an-

sehen – unabhängig davon, ob sie positive oder negative Ergebnisse hatten – sehen wir: Es gab keine einzige, die durch einen internationalen Vertrag zustande gekommen wäre.

In allen technologischen Revolutionen haben diejenigen, die die Notwendigkeiten und Chancen für die Zukunft gesehen haben, gesagt: Wir machen das jetzt. Schneller sein als andere, darauf kam es an, nicht auf ein Abkommen, das sicherstellt, dass alle im Gleichschritt vorgehen und sich am Tempo des Langsamsten orientieren. Wir gehen voran und die anderen werden folgen. Darauf kommt es an.

Wenn ich die zahllosen Initiativen und internationalen Konferenzen bewerte, die fast immer mit einem einzigen Beschluss enden, nämlich der Durchführung einer Folgekonferenz nach dem Motto: global reden, national aufschieben – dann muss ich heute sagen: Dies hat dazu geführt, dass man mit hängender Zunge hinter der Problementwicklung herläuft. Nach 20 Jahren Klimaverhandlungen haben wir heute die Situation, dass der negative Klimateffekt trotzdem immer größer geworden ist.

Der IRENA-Ansatz folgt einer gänzlich anderen Logik. Prämisse ist, die einzelnen Länder zu bewegen, zu befähigen und zu unterstützen, sich die Technologien zur Nutzung der erneuerbaren Ressourcen, die sie jeweils haben, anzueignen und den Ausbau erneuerbarer Energien nach eigenem Gusto voranzutreiben. Und zwar ohne Mengengrenzungen.

IRENA wird die Aufgabe haben, Regierungen bei der Entwicklung von Politikansätzen für erneuerbare Energien zu beraten. Es muss ja nicht jeder seine Lernkurve von vorn anfangen, man kann von den bisher vorliegenden Erfahrungen lernen. Für erneuerbare Energien gibt es sehr unterschiedliche Konzepte, aber die sind nicht beliebig. Sie müssen zugeschnitten sein auf die jeweilige Situation der Länder, auf die Geografie, die wirtschaftlichen Gegebenheiten, den sozialen und kulturellen Kontext. Erneuerbare Energie führt zu einer breiten Diversität von Energieversorgungssystemen. Einige Länder haben beispielsweise deutlich mehr Wasserkraftpotenzial als andere. Für Länder wie Österreich wäre es ein Kinderspiel, innerhalb von zwei Jahren zu 100 Prozent erneuerbaren Energien zu kommen. Man braucht

nur die fast 70% Wasserkraft, über die Österreich verfügt, mit Windkraft zu kombinieren. Die Wasserkraft würde dann als Backup-System fungieren in den Zeiten, in denen nicht genug Wind weht. Wenn nicht genug Wind weht, springt die Wasserkraft ein, wenn viel Windenergie verfügbar ist, drosselt man die Wasserkraftwerke und spart die Energie der Wasserreservoirs für Zeiten mit wenig Wind. Da braucht man keinen Dampf vorhalten wie bei Kondensationskraftwerken, und es gibt kein Speicherproblem. In allen Ländern, die über erhebliche Wasserkraftpotenziale verfügen, ist die Umstellung auf 100 Prozent regenerative Energien ein Kinderspiel.

R.L.: Und warum macht die Regierung in Österreich das nicht? Ist das die Energieversorgerlobby ...

H.S.: Ja sicher. Da es sich zudem in Österreich um öffentliche Gesellschaften handelt, haben die noch einen zusätzlichen Einfluss auf die Politik. Sie denken in alten Kategorien, haben das Neue noch nicht begriffen, sind verschachtelt mit den übrigen alten Energieinteressen. Und sie wollen ihre Wasserkraft gut verkaufen, statt zunächst einmal ihr eigenes Energiesystem zukunftsfähig umzubauen.

Die Norweger haben das jetzt eher begriffen. Norwegen hat ja praktisch 100 Prozent Wasserkraft. Aber jetzt gibt es von anderen Ländern Interesse, Energie aus norwegischer Wasserkraft zu importieren. Und natürlich wollen die Norweger exportieren. Dann braucht man aber zusätzliche Kapazität. Vor ein paar Jahren haben die Norweger noch gedacht, Gaskraftwerke zu bauen, um dann mehr Energie aus Wasserkraft ans Ausland verkaufen zu können. Jetzt sind sie endlich so weit zu sagen, das machen wir mit Windkraft. Sie haben ja viele Fjorde, wo üppig Wind weht und ganz wenig Leute wohnen. Das ist die ideale Kombination. Sie könnten zu 50, 60 oder 70 Prozent Wasserkraftenergieexport kommen, wenn sie das Übrige durch Windkraft auffüllen.

Dazu muss aber im energiewirtschaftlichen und im energiepolitischen Denken etwas Grundlegendes passieren: Man muss die Strukturen der Energiewirtschaft an den erneuerbaren Energien ausrichten und nicht umgekehrt. Das geht nicht, solange man die

herkömmlichen Energien als Grundlage und die erneuerbaren als Ergänzung behandelt; umgekehrt wird ein Schuh draus. Das ist die wichtigste Auseinandersetzung heute. Die meisten Energieexperten sind deshalb fast alle ein Teil des Problems.

Das kann man sehr deutlich machen an der Grundlastdiskussion. Man muss von dem Begriff „Grundlast“ weg und zu dem Begriff „Grundversorgung“ kommen. Die Grundversorgung ist die erneuerbare Energie. Das, was sie derzeit noch nicht leisten kann, das machen andere, aber nur, solange erneuerbare Energien es noch nicht können. Also genau umgekehrt denken. Der Begriff „Grundlast“ ist ein Totschlagargument gegen erneuerbare Energien. Dabei wird völlig übersehen, dass die Windkraft beispielsweise in Deutschland schon jetzt zu 60 Prozent in die sogenannte Grundlast geht.

Aber das will in die Köpfe nicht rein, weil viele sich nicht vorstellen können, dass etwas, was heute noch 80 Prozent ausmacht, die Reservefunktion ist (lacht), und das, was neu dazu kommt, die Hauptfunktion. Aber genau das ist zukunftsfähiges neues Denken.

R.L.: Gehen wir davon aus, dass die erneuerbaren Energien der Beginn und der Schlüssel einer technischen, einer wissenschaftlich-technischen und industriellen Revolution sind, die zu einem neuen Typ von Industrie führen kann und führen muss, wenn wir überleben wollen. Dabei handelt es sich um eine globale Revolution. Sehen Sie eine Chance, solche Länder wie China und Indien, die heute schon und in Zukunft noch mehr den größten Anteil am Weltwirtschaftswachstum haben und bald die größten Energieverbraucher sein werden, auf diesen Weg mitzunehmen?

H.S.: Wenn einzelne Länder beginnen, erneuerbare Energien aufzubauen, dann haben sie in ihrem Energieprogramm vielleicht fünf oder drei Prozent erneuerbare Energien vorgesehen. Daraus macht man heute oft eine falsche Diskussion, weil man diese Zahl als unveränderliche Größe auffasst, die für alle Zukunft festgeschrieben wäre. Daraus werden dann unsinnige Schlussfolgerungen gezogen, beispielsweise bei der Hochrechnung künftiger

Emissionen bei diesem oder jenem künftigen Wirtschaftswachstum in China und Indien. Diese Rechnungen stimmen aber nicht. Sehen wir uns die deutschen Energieprogramme vor zehn Jahren an. Da waren erneuerbare Energien minimal. Eine Hochrechnung auf dieser Basis wäre heute schon völlig falsch. Damals haben wir gesagt, 12,5 Prozent bis zum Jahr 2010. Da haben einige aufgeschrien, das sei eine völlige Illusion. Dann haben wir 2004 ausgeweitet auf mindestens 20 Prozent bis 2020. Da gab es wieder Aufschreie. Jetzt sind wir schon bei 18 Prozent und haben erst das Jahr 2009. Und das trotz der Planungswiderstände, die es in zahlreichen Bundesländern gibt.

Ich habe das mal ausgerechnet, nur bezogen auf die Windkraft: Wir haben derzeit 24.000 Megawatt installiert in 21.000 Anlagen. Der Kapazitätsdurchschnitt ist 1,2 MW pro Anlage. Würde man bei diesem Bestand durch Repowering (Ersatz der alten durch neue, leistungsfähigere und effizientere Anlagen), was schon lange gefördert wird, aber wegen der Planungswiderstände nicht richtig in die Gänge kommt, den Durchschnitt von 1,2 auf 2,5 MW pro Anlage erhöhen, hätte man eine Verdreifachung der Stromproduktion. Das heißt, wir könnten innerhalb kürzester Zeit von zehn Prozent Windstrom auf 30 Prozent kommen, mit 21.000 Anlagen – das ginge ganz schnell.

Zweite Rechnung: Wenn alle Bundesländer die gleichen Genehmigungskriterien hätten wie Sachsen-Anhalt – da gibt es eine Anlage pro elf Quadratkilometer – dann hätten wir heute schon 20 Prozent Windkraft. Dies repowert, hätten wir schon 60 Prozent. Das könnte man sehr schnell machen, in fünf Jahren, wenn man will. Also wo ist das Problem? Es sind Planungswiderstände, willkürlich begründet, politisch und ideologisch motiviert. In Bayern, Baden-Württemberg und Hessen haben wir nur 0,5 bzw. 0,46 und 1,8 Prozent Anteil der Windkraft. Das ist offensichtlich politisch begründet, denn Sachsen-Anhalt ist auch kein Küstenland und Brandenburg auch nicht.

Ich habe vorgeschlagen, die gesamte A7 – das ist die längste Autobahn Deutschlands von Flensburg bis nach Bayern, davon sind 80 Prozent der Strecke für Windenergie geeignet

– für Windkraftanlagen zu nutzen. Das allein würde weitere zehn Prozent ausmachen. Und es gibt kein Problem für die öffentlichen Kassen, es wäre ein Investitionsprogramm von 50 Milliarden, für das es genügend private Investoren gibt. Es hängt nur an den Genehmigungsverfahren der Länder. Man brauchte nur den Vorrang für die Genehmigung. In China ist man im Jahr 2001 noch von drei Prozent erneuerbaren Energien bis 2020 ausgegangen, jetzt geht man schon von 17 Prozent aus. Sobald man mal angefangen hat, darüber ernsthaft nachzudenken, schnellen die Zahlen nach oben. Die 17 Prozent sind also auch nicht das letzte Wort. Das ist ein Prozess zunehmender Erkenntnis der Möglichkeiten. Aber in der Diskussion wird immer so getan, als seien das objektiv berechnete unveränderliche Zahlen. Dabei ist keine einzige objektiv berechnet, auch in Deutschland nicht. Der Entwurf der SPD für das Wahlprogramm sagt: 35 Prozent bis 2020. Auch das ist willkürlich. Warum nicht 50 Prozent? Warum nicht 80? Ich habe es doch vorgerechnet.

Ich hatte eine Diskussion mit der chinesischen Staatsplanungskommission und habe denen gesagt, ihr müsst anders rechnen. Bei den vielen Kohlekraftwerken habt ihr doch einen riesigen Wasserbedarf. Das sind ja alles Kondensationskraftwerke. Da sind viele Investitionen erforderlich, um genügend Wasser nach Peking und Schanghai zu bekommen. Meerwasserentsalzungsanlagen, Pipelines und so weiter. Rechnet aus, wie viele Investitionen gespart werden können, wenn man statt Kohle Windkraft nutzt. Da braucht man keinen Tropfen Wasser. Das gehört auch in die Planung.

Dasselbe habe ich in Phoenix, Arizona, vorgetragen. Die Stadt hat eine schnell wachsende Bevölkerung, derzeit sind es fünf Millionen Einwohner. Alle leben vom Wasser des Colorado. Das reicht natürlich nicht. Um die Wasserversorgung sicherzustellen, muss zusätzliches Wasser rangeholt werden, zum Beispiel durch Meerwasserentsalzung aus dem Pazifik, verbunden mit Pipelines über eine ziemlich lange Entfernung. In der Nähe von Phoenix stehen aber 4000 Megawatt Atomkraft. Ich habe ihnen gesagt: Überlegt mal,

wie viel Wasser ihr sparen könnt, wenn ihr die Atomkraft durch Solar- und Windkraftanlagen ersetzt. Da waren sie völlig erstaunt, haben gesagt, daran haben wir noch gar nicht gedacht. Für eine Kilowattstunde Atomstrom braucht man 3,2 Liter Wasser. Für eine Kilowattstunde Kohlestrom aus einem Kondensationskraftwerk braucht man 2,6 Liter Wasser. Was das bedeutet! 4.000 MW Atomstrom sind ungefähr 30 Mrd. Kilowattstunden. Das wären fast 100 Mrd. Liter Wasser pro Jahr, die benötigt werden, um dieses Atomkraftwerk zu betreiben.

R.L.: Und solche Probleme und Lösungsansätze soll IRENA aufzeigen?

H.S.: Ja. Sie würde genau solche Wege aufzeigen. Sie soll helfen, Politikkonzepte ausgehend von den geografischen und industriellen Gegebenheiten zu entwickeln – auf der Basis optimalen Wissens über solche Zusammenhänge.

R.L.: Und woher kommt das Know-how?

H.S.: Dafür wird dann die Organisation aufgebaut. Das wird eine Organisation, die systematisch Informationen auswertet und in Anwendungskonzepte umgießt. Es gibt bei erneuerbaren Energien ein riesiges Informationsdefizit, bis in die Wissenschaft hinein. Die laufende Entwicklung, der Stand der Technik, ihre Anwendungsmöglichkeiten in systemischen Zusammenhängen, darüber wird es systematische Auswertungen und Informationen geben. Das ist eine harte Arbeit, die wird gegenwärtig von niemandem gemacht.

Ein wichtiger Gesichtspunkt ist der Aufbau von Manpower. Die meisten Länder haben gar keine Fachleute dafür. Die haben sich nie drum gekümmert. Das sogenannte *human capacity*-Problem ist riesig. Das wichtigste ist wahrscheinlich, Postgraduierten-Studiengänge dafür aus dem Boden zu stampfen.

R.L.: Der kalifornische Gouverneur hat gerade ein Programm finanziert, um arbeitslose Jugendliche für grüne Berufe auszubilden.

H.S.: Ja, aber es geht auch um ausgebildete Ingenieure und Architekten, die mit diesen Fragen noch nicht in Berührung waren. Dafür muss man Postgraduierten-Ausbildungsgänge anbieten, dafür muss man die Ausbildungskapazitäten aufbauen. Das sind Grundaufgaben. Und natürlich auch, den Ländern andere Finanzierungsansätze nahezu legen.

R.L.: Es sind jetzt 77 Länder, weitere werden dazu kommen. Wie geht es dann weiter?

H.S.: Ende Juli fällt die Entscheidung über den Sitz und über den Generaldirektor. Und dann geht die Arbeit los.

R.L.: Dann viel Erfolg! Danke für das Gespräch.

Anmerkungen

- 1 Geo 08/2007, S. 74ff.
- 2 Nach dem Wahlsieg der SPD 2008 wurde eine rot-grüne Regierung mit Andrea Ypsilanti als Ministerpräsidentin und Hermann Scheer als Minister für Wirtschaft und Umwelt angestrebt.
- 3 <http://www.irena.org> (6.4.2009; 10:00 Uhr)

Berliner Debatte Initial 20 (2009) 2

Sozial- und geisteswissenschaftliches Journal

© GSFP – Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Forschung und Publizistik mbH. Herausgegeben im Auftrag des Vereins Berliner Debatte INITIAL e.V., Präsident Peter Ruben. *Berliner Debatte Initial* erscheint alle drei Monate.

Redaktion: Harald Bluhm, Ulrich Busch, Erhard Crome, Birgit Glock, Wolf-Dietrich Junghanns, Cathleen Kantner, Thomas Müller, Ingrid Oswald, Dag Tanneberg, Udo Tietz, Andreas Willisch, Rudolf Woderich

Lektorat: Gudrun Richter,

Produktion: Rainer Land

Redaktionelle Mitarbeit: Karsten Malowitz

Verantwortlicher Redakteur: Jan Wielgoß, verantwortlich für dieses Heft (V.i.S.P.): Ulrich Busch

Copyright für einzelne Beiträge ist bei der Redaktion zu erfragen.

E-Mail: redaktion@berlinerdebatte.de

Internet: www.berlinerdebatte.de

Preise: Einzelheft ab 2009 (160 Seiten): 15 €, bis 2008: 10 €, Doppelheft 20 €

Einzelhefte werden per Post mit Rechnung verschickt.

Jahresabonnement: 2009 unverändert: 39 €, Ausland zuzüglich Porto. Studenten, Rentner und Arbeitslose 22 €, Nachweis beilegen. Ermäßigte Abos bitte nur direkt bei *Berliner Debatte Initial* per Post oder per Fax bestellen.

Das Abonnement gilt für ein Jahr und verlängert sich um jeweils ein Jahr, wenn nicht sechs Wochen vor Ablauf gekündigt wird.

Bestellungen Einzelhefte, Abos und pdf-Dateien per Mail an:

leidenschaften@berlinerdebatte.de

Tel.: +49-39931-54726, **Fax** ...-54727

Post: PF 58 02 54, 10412 Berlin

Abo-Bestellungen auch direkt bei INTER ABO, PF 360520, 10975 Berlin; Tel. (030) 61105475, Fax (030) 61105480.

Autorenverzeichnis

Eva Boesenberg, Prof. Dr.,
Dept. of English and American Studies, Humboldt-Universität zu Berlin

Ulrich Busch, Dr. habil.,
Finanzwissenschaftler, Berlin

Mario Candeias, Dr.,
Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin.

Michael Jäckel, Prof. Dr.,
Soziologe, Universität Trier

Christian Kaiser, Dr.,
Sozialwissenschaftler, Hannover

Daniel Kofahl, Dipl.-Soziologe,
Universität Kassel

David Kramer, PhD,
Historiker, Professor, Alice-Salomon-Hochschule, Berlin

Rainer Land, Dr. sc.,
Philosoph und Wirtschaftswissenschaftler, Thünen-Institut e.V. Bollewick

Klaus Müller, Prof. Dr.,
Wirtschaftswissenschaftler, Glauchau/Chemnitz

Thomas Müller, MA,
Erziehungswissenschaftler, Universität Erfurt

Mariele Nientied, Dr. habil.,
Philosophin, Universität Frankfurt/Oder

Andreas Pickel, Prof. Dr.,
Centre for the Critical Study of Global Power and Politics Trent University, Peterborough, Ontario, Canada

Hermann Scheer, Prof. h. c., Dr. h. c., Dr.,
Mitglied des Deutschen Bundestags, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler

Danny Schindler, Student der Politikwiss.
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Thomas Schubert, MA,
Philosoph, Einstein-Haus Caputh

Katherine Stroczan, Dr. phil., Psychoanalytikerin, Frankfurt am Main

Camilla Warnke, Dr.,
Philosophin, Berlin

Andreas Willnow, Dr.,
Wirtschaftswissenschaftler, Leipzig

Ausdrucken oder kopieren, ausfüllen, falten und als Postkarte abschicken!

Berliner Debatte Initial Bestellung:

Ich bestelle ein Abonnement der Berliner Debatte INITIAL ab Heft

- Das Abonnement soll für ein Jahr befristet werden.
- Das Abonnement soll gelten, bis ich es abbestelle. Abbestellung jederzeit.
- Abonnement 39 Euro (Ausland zuzüglich 6 Euro Porto).
- Ermäßigt 22 Euro (Studenten, Rentner, Arbeitslose, Wehr- und Zivildienstleistende)
Nachweis bitte beilegen.

Vorname, Name:

Straße, Nr.:

Postleitzahl:

Ort:

Telefon:

Ich wünsche folgende Zahlungsweise:

- Jahresrechnung
- Bargeldlos: halbjährliche Abbuchung. Bankinstitut:
Konto-Nr.: Bankleitzahl:

Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen (Poststempel) bei der Bestell-
adresse schriftlich widerrufen kann.

Datum:

Unterschrift:

Name:

Straße und Nr.

PLZ, Ort:

Abonnement erworben von:

Antwortkarte

Bitte
frankieren

Berliner Debatte
Initial

PF 58 02 54

10412 Berlin

www.berlinerdebatte.de

Bestellungen: leidenschaften@berlinerdebatte.de